



Hans-Dieter Bromberg

*Fraktionsvorsitzender
der SPD-Stadtratsfraktion im
Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg*

Stadtratssitzung, 2. Mai 2013

Aktuelle Debatte zum Thema

"Beteiligung der LH MD an Kostenaufwüchsen im ÖPNV der MVB"

Ratssaal des Alten Rathauses der Landeshauptstadt Magdeburg

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Meine Damen und Herren,

die einbringenden Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/ Die Grünen haben die Beweggründe für den Antrag „Zuschüsse für die MVB-Kostensteigerungen durch die Stadt abfangen“ ausführlich erläutert.

Herr Schindehütte hatte bereits einige Punkte genannt, die das Aufgabenprofil als auch die Stellung der MVB im Gesamtsystem des ÖPNV und des Verkehrs insgesamt, beschreiben und denen wir uns im Wesentlichen anschließen können.

Die MVB befindet sich nicht im luftleeren Raum, das hat auch Herr Theile gesagt, aber daraus abzuleiten, dass wir oder auch die MVB selber den Gesamtrahmen der Wirtschaftlichkeit nicht beeinflussen können, das ist aus meiner Sicht eine falsche Schlussfolgerung. Die Abstimmung zwischen den Tarifparteien muss übergreifend erfolgen, unwahrscheinlich viele Aspekte müssen miteinander verknüpft werden, um daraus letztlich die tarifliche Einordnung und die Kosten des ÖPNV insgesamt abzuleiten. Hier einzugreifen ist aus meiner Sicht und aus Sicht der SPD-Fraktion nicht geboten. Sie haben sicherlich noch unsere schwere Aufgabe vor zwei, drei Jahren in Erinnerung, bei der wir uns gefragt haben, wie wir mit „Wohnen und Pflegen“ umgehen werden. Auch dieses Unternehmen ist eine hundertprozentige Tochter der Stadt. Es sind keine leichten Aufgaben, die die Kolleginnen und Kollegen dort zu erbringen haben, und das mit sehr viel körperlichem Aufwand und mit sehr wenig Geld, das muss man hier auch mal konstatieren. Wir haben uns am Ende dazu durchgerungen, und gesagt, auch hier sehen wir das Gesamtsystem des

Marktes, in den sich auch Wohnen und Pflegen einordnen muss. Wohnen und Pflegen hatte die Verantwortung eine wirtschaftliche Situation zu schaffen, die ein Eingreifen der Stadt nicht bedarf. Und da wir damals diese Entscheidung getroffen haben, ist es jetzt erst recht falsch an dieser Stelle, an der sich die MVB in einem vergleichbaren, wenn auch einem ganz anderem Sektor der wirtschaftlichen Tätigkeit befindet, zu sagen, da greifen wir jetzt ein und steuern zusätzlich zu den 15 Millionen Euro, die ohnehin schon als Zuschuss bei den MVB ankommen auch noch runde 2 Millionen Euro dazu.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt benennen: Wir haben uns schwer getan die Grundsteuer von 450 auf 495 Punkte zu erhöhen. Wir haben dies tun müssen, weil unser Haushalt an Grenzen gestoßen war, die einfach nichts mehr zuließen. Hier geht es um ungefähr 2,5 Millionen Euro und es gab keine Vorschläge der einbringenden Fraktionen zur Deckung, außer dem Zuruf, man müsse es beim Tunnel wegnehmen. Dies ist allerdings aufgrund der unterschiedlichen Finanzierungsquellen nicht möglich. Das eine ist nach alter Haushaltsrechnung Verwaltungshaushalt, das andere Investitionshaushalt. Es geht also um eine vergleichbare Summe von 2 bis 2.5 Millionen Euro, die wir durch diesen Zuwachs aus der Grundsteuer erwirtschaften bzw. der Bevölkerung abverlangen müssten, damit wir den Haushaltsausgleich zustande bringen.

Ich frage Sie: wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern, die diese 2.5 Millionen Euro erbringen müssen, jetzt noch einmal das Gleiche abverlangen, um ihre Fahrpreise zu subventionieren, wir nehmen es also da weg und geben es dort wieder zurück, was haben wir damit gewonnen? Ich denke, der Ansatz ist vom Grunde völlig verkehrt und ich kann aus ihren Beiträgen nur eines ableiten, dass wir gemeinsam überlegen müssen, wie gestalten wir die MVB wirtschaftlicher und effektiver, wo müssen wir ansetzen.

Ich denke ich habe deutlich machen können, dass, wenn wir das Geld unserer Bürger von der linken in die rechte Tasche umverteilen, am Ende dadurch keine Entlastung gewonnen ist. Es sei denn, sie sind der Meinung, 100 % der Magdeburger Bürger sollen die Tickets der ca. 25 % ÖPNV-Nutzer bezahlen. Das wäre dann vielleicht eine geringere Umverteilung, trifft aber letztlich dieselben.

Herzlichen Dank!

[Es gilt das gesprochene Wort.]